

Pressemitteilung

Berlin, 28.11.2016

Dschihad per Smartphone: Islamisten ködern Jugendliche

Kriegsgräuel und Gewaltaufrufe über Messenger | Junge User zu Hass angestachelt | Betreiber in die Pflicht nehmen | Politische Bildung und Prävention stärken

Brutale Videos von Hinrichtungen, schockierende Bilder aus Kriegsgebieten und poppige Memes, die zum bewaffneten Kampf auffordern: Mit einem perfiden Mix aus Grauen, Action und Popkultur ködern Islamisten Jugendliche. Dazu nutzen sie vor allem den Messenger-Dienst Telegram. Zwei Drittel der Kanäle, die jugendschutz.net dort aktuell beobachtet, führen zu Hassinhalten.

„Telegram darf sich nicht zur sicheren Plattform entwickeln, über die Dschihadisten ungehindert den Krieg verherrlichen und zur Gewalt anstacheln“, fordert Stefan Glaser, stellvertretender Leiter von jugendschutz.net. Während YouTube, Facebook und Twitter gegen Propaganda von Terrorgruppen vorgehen, tue Telegram bislang viel zu wenig. Auf den Betreiber müsse massiver Druck ausgeübt werden, damit er menschenverachtende Beiträge konsequent löscht und junge User schützt.

Vor allem der „Islamische Staat“ rechtfertigt seinen Terror mit drastischen Online-Darstellungen und instrumentalisiert dazu auch Kinder: „12-Jährige werden als Henker und Kämpfer inszeniert, um neue Anhänger zu gewinnen und Gewalt zu legitimieren“, so Glaser. Zudem gebe es auch Apps, die spielerisch schon die Kleinsten an extremistisches Gedankengut heranführen und Feindbilder schüren.

„Viele Schulen reagieren oft hilflos auf Extremismus unter ihren Schülern“, konstatiert Dr. Michael Kiefer, Projektleiter des Modellprojekts „Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbereitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“. „Lehrer und pädagogische Fachkräfte brauchen daher Unterstützung und Konzepte, damit sie Schülerinnen und Schüler in ihrem demokratischen Wertesystem stärken und so vor islamistischer Propaganda schützen können“. Die Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V. erprobt und implementiert im Rahmen dieses Modellprojekts derzeit ein Clearingverfahren an bundesweit sechs Schulen, um Radikalisierung vorzubeugen und mögliche Radikalisierungsprozesse zu unterbrechen. Die Maßnahmen sind für den schulischen Raum konzipiert und berücksichtigen alle relevanten schulischen und außerschulischen Akteure.

„Bei der Bekämpfung von Islamismus müssen wir die Betreiber von Online-Diensten in die Pflicht nehmen. Wir brauchen bessere und wirksamere Meldesysteme bei jugendgefährdenden Inhalten. In der politischen Bildung müssen wir Fachkräfte aus Schule, Jugendarbeit, Verwaltung und Gemeinden interdisziplinär stärken, ihnen verlässliche Informationen geben, um islamistischer Propaganda die Grundlage zu entziehen. Aber politische Bildung muss viel früher ansetzen. Wir erwarten von den Ländern die Stärkung politischer Bildung in der Studentafel von der Grundschule an. Und wir müssen die Ursachen des Anwerbeerfolges der Islamisten wissenschaftlich erforschen“, sagt Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch die erlebten Benachteiligungen der gefährdeten Jugendlichen und ihre emotionalen Reaktionen darauf.

Die Publikationen von jugendschutz.net zu Islamismus im Internet werden auf den Seiten der bpb und unter jugendschutz.net (www.hass-im-netz.info) zum Download angeboten. Materialien zur Pressekonferenz erhalten Sie unter www.hass-im-netz.info/ispk.

Weitere Informationen zu dem Modellprojekt „Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbareitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“ finden Sie unter www.clearing-schule.de

Den Infodienst Radikalisierungsprävention der bpb finden Sie unter:
www.bpb.de/radikalisierungspraevention

Über jugendschutz.net

Als gemeinsames Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet recherchiert jugendschutz.net Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Die Stelle drängt Anbieter und Betreiber, ihre Angebote so zu gestalten, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können. Mit Islamismus im Internet beschäftigt sich jugendschutz.net seit 2011. Diese Arbeit wird derzeit durch die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb finanziert.

www.jugendschutz.net

Über die Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.

Die Aktion Gemeinwesen und Beratung (AGB e.V.) ist anerkannter freier Träger der Kinder- und Jugendhilfe und Gemeinwesenarbeit in Düsseldorf und Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV). Die AGB arbeitet in Düsseldorf mit allen Akteuren der Kinder- und Jugendhilfe eng zusammen und ist aktiv in lokalen und überregionalen Netzwerken eingebunden. Die AGB ist neben dem Modellprojekt „Clearingverfahren und Case Management – Prävention von gewaltbareitem Neosalafismus und Rechtsextremismus“ auch Projektträger z. B. für die Projekte „Dialog macht Schule“ und die „Junge Islamkonferenz NRW“.

www.die-agb.com

Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern: über die Bundeszentrale für politische Bildung/bpb

Die Aufgabe der Bundeszentrale für politischen Bildung/bpb ist es, Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken. Die bpb bietet zahlreiche Hintergrundinformationen zum Thema Islamismus. Zudem fördert und unterstützt sie verschiedene Beratungs- und Informationsangebote, Präventionsmaßnahmen und gesellschaftliche Aktionen zur Förderung von Zivilcourage.

www.bpb.de

Pressekontakt bpb:

Bundeszentrale für politische Bildung
Daniel Kraft
Adenauerallee 86
53113 Bonn

Tel +49 (0)228 99515-200
Fax +49 (0)228 99515-293
presse@bpb.de

Pressemitteilungen der bpb
abonnieren/abbestellen:
www.bpb.de/presseverteiler

Pressekontakt jugendschutz.net:

jugendschutz.net
Wallstr. 11
55122 Mainz

Tel. +49 (0) 6131 3285-20
Fax +49 (0) 6131 3285-22
presse@jugendschutz.net
www.jugendschutz.net

Pressekontakt Aktion Gemeinwesen und Beratung e.V.:

Lisa Kiefer
Himmelgeister Str. 107
40225 Düsseldorf

Tel: 015234155643
lisa.kiefer@die-agb.de
www.clearing-schule.de
www.die-agb.com